

Studierendenschaft der Goethe-Universität
Körperschaft Öffentlichen Rechts
Das Parlament der Studentinnen und Studenten

Protokoll der siebten Sitzung des Studierendenparlaments am 20. Januar 2025

DAS PRÄSIDIUM DES STUDIERENDENPARLAMENTS
Studierendenhaus
Mertonstraße 26 – 28
60325 Frankfurt am Main
studierendenparlament@uni-frankfurt.de
Telefon (0 69) 798 – 23181

Beginn der Sitzung: 18:29 Uhr

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Anwesenheit per Anwesenheitsliste (siehe Anhang)

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit (§ 11 Abs. 5 SdS)	2
2 Feststellung der Tagesordnung	2
3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.12.2024 (Drs. 2024/25/25)	2
4 Wahl des Rechnungsprüfungsausschuss	3
5 Wahl der Öffentlichkeitsbeauftragten	4
6 Anträge	5
7 Resolutionen	6

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit (§ 11 Abs. 5 SdS)

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

SDS: beantragt 7, 8 auf 4 zu ziehen; haben Dringlichkeitsantrag zur Palästina Konferenz, hat letzte Woche stattgefunden und entsprechende Dringlichkeit, haben Genossen da der berichtet. dazu noch Bafög-Veranstaltung.

LHG: inhaltlicher Gegensatz, Wahl hat höhere Priorität

DAFÜR: 2

DAGEGEN: 10

ENTHALTUNG: 4

Der Antrag wurde abgelehnt.

3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.12.2024 (Drs. 2024/25/25)

Jusos: merkwürdig, wenn manchmal Namen, manchmal Hochschulgruppe genannt wird. sollte einheitlich sein. Wenn es out-of-pocket Sachen sind werden keine Menschen genannt, ist formmäßig nicht gut.

SDS: sollte beides dastehen, Hochschulgruppe sowie Name für Nachvollziehbarkeit.

Präsidentin: GO sieht das dahingehend nicht vor; Stimmungsbild dazu:

Stimmungsbild: Name + Hochschulgruppe + Position:

DAFÜR: 3

DAGEGEN: 3

ENTHALTUNG: Rest

Stimmungsbild: nur Hochschulgruppe + Position:

DAFÜR: 9

DAGEGEN: 2

ENTHALTUNG: 2

SDS: bittet, auf die Stelle von Ari zu schauen, wo es um den Konflikt geht. findet die Email nicht. will dass das protokolliert, wie es gesagt wurde.

Präsidentin: wurde so geändert.

Jusos: ist die 3. Sitzung, es wurden viele Sachen zu gesagt. es steht da, dass ich sie gezwungen habe ihr Familiengeschichte aufzulegen, gab schon Sexismus etc. möchte dass alles, wo ich was rassistisches gesagt habe gestrichen wird

LHG: wenn Protokoll mit Mehrheit geändert werden kann ist es nutzlos

SDS: nicht ok diese Aussagen zu ändern, ihr Aussagen und Wahrnehmungen

Jusos: Verhältnislosigkeit, hier ist nicht der Ort für private Sachen. Schreib halt AStA-Vorstand.

Will nicht dass mein Name da steht. ist Unverhältnismäßig. Kann doch nicht sein. Jetzt wo ich was gesagt habe was einen persönlich verletzt wird das aufgenommen

GHSg: wollte Bleta recht geben, wusste das offenbar nicht, ist nicht an ihrem Namen erkenntlich, wissen nun alle das Ari Migrantin ist, haben jetzt aber 3 Sitzungen diskutiert über diesen Migrationshintergrund; Bletas Wunsch nachgehen. Angebracht diese Diskussion zu beenden.

SDS: versteht die Erwartungshaltung nicht. Das ist die Position von Ari, die Lesbarkeit des migrantischen Hintergrunds egal. Sie hat das so wahrgenommen. Vor allem weil Ari nicht da ist. Ist doch genüge getan. Jetzt steht deine Aussage da.

Jusos: Hab nicht gesagt, das rauszulöschen. War nicht da aber das letzte Protokoll liebt sich... Vor allem dass ich nur ne halbe Entschuldigung gebracht habe

SDS: denke, jetzt wurde alles zu gesagt.

Jusos: Änderungsantrag: Klarnamen ändern, möchte nicht als Rassistin abgestempelt werden, auch was da gesagt wurde.

GHSg: ALLE Klarnamen ändern.

RCDS: kann doch nicht, wenn jemand was sagt, die Namen durch Gruppen ändern; unabhängig vom aktuellen Thema. kann ja nicht Aussagen verändern. kann Änderungen bringen weil ich was falsch gesagt habe; kann nicht einfach Namen ändern

GHSg: bei den sprechenden Personen.

Änderungsantrag: Namensänderung zu den Hochschulgruppen

DAFÜR: 12

DAGEGEN: 3

ENTHALTUNG: 2

LHG: gleiches für ihn, da steht auch „Arne it ein Rassist“, auch zur Aussage von Leon

Präsidentin: hattest eine persönliche Stellungnahme gemacht, geht schlecht den Namen raus nehmen.

SDS: Erstens schaffen dadurch Intransparenz, zweitens kann ja jeder die rassistischsten Aussagen nennen ohne darüber zu reden. Wenn wir jedes mal das ändern wenn jemand bezeichnet wird, anfangen das raus zu streichen.

LiLi: nicht jeden einzeln, sondern generell über die Hochschulgruppen reden, findet da kein Problem. bewegen uns als politische Subjekte, ist eben nicht gehaltlos.

Gast (FSK-Koordination): Ihr führt ein Protokoll, wo Sätze gesagt werden, ihr könnt doch nicht einfach Sachen ändern. wenn Wort-für-Wort sachen mitgeschrieben werden ist das doch gefälscht.

LiLi: haben alle mal einen Text geschrieben, Sachen unterschiedlich aufgeschrieben. Die Änderung ist keine Fälschung sondern andere Bezeichnung.

Abstimmung über das Protokoll: mit Änderungsantrag:

DAFÜR: 9

DAGEGEN: 3

ENTHALTUNG: 5

Das Protokoll wurde in seiner neuen Form genehmigt.

4 Wahl des Rechnungsprüfungsausschuss

Präsidentin: braucht 3 Menschen ohne Mandat / andere AStA-Ämter. ist Listenwahl.

LiLi: Fraktionspause, 10 Minuten; 19:12 Uhr Wiederanfang.

Jusos: (Liste 1)

1. Jannis Johannsen
2. Max Stütze
3. Raul Landgraf

LHG: (Liste 2)

1. Mark Hecht

Abstimmung:

Liste 1: 10

Liste 2: 4

ENTHALTUNG: 3

neuer RPA:

Jannis Johannsen, Max Stütze, Mark Hecht

5 Wahl der Öffentlichkeitsbeauftragten

Präsidentin: Satzung sieht vor dass die ÖB nachgewählt werden können

SDS: schlägt Kjell Tiedemann vor

RCDS: gibts dafür einen speziellen Grund?

Präsidentin: weil nur am Anfang jemand da war, aber bis jetzt keine Infographiken, Updates auf der Website, etc hochgeladen.

LHG: schlägt Fabian Witzel vor

Fragerunde:

GHSG: bist du dir bewusst, dass die Aufgaben auch Graphiken auf der Website und share pics umfasst.

Fabian: ja, mache auch schon bei verschiedenen anderen Anlässen schon diese Aufgaben.

GHSG: wirst du auch zu den Sitzungen kommen und Snacks mitbringen?

Fabian: komme ja schon regelmäßig, Snacks sollten im Rahmen sein.

1. Durchgang:

Kjell:

DAFÜR: 5

DAGEGEN: 11

Fabian:

DAFÜR: 5

DAGEGEN: 11

ENTHALTUNG: 6

2. Durchgang:

Kjell:

DAFÜR: 5

DAGEGEN: 10

Fabian:

DAFÜR: 4

DAGEGEN: 11

ENTHALTUNG: 0

Wahl-Prozedere wurde geändert;

1. Durchgang:
Anton: 4
Kjell: 5
Fabian: 5
ENTHALTUNG: 2

2. Durchgang:
Anton: 4
Kjell: 5
Fabian: 5
ENTHALTUNG: 2

3. Durchgang:
Anton: 4
Kjell: 5
Fabian: 5
ENTHALTUNG: 2

Präsidiumspause: 5 Minuten bis 20:20 Uhr

Stichwahl 1:
Kjell: 6
Fabian: 6
ENTHALTUNG: 1

Stichwahl 2:
Kjell: 7
Fabian: 6

Kjell Tiedemann ist neuer Öffentlichkeitsbeauftragter.
GHSg: Antrag: Vorziehen von 7 auf 6 keine Gegenrede:

6 Anträge

Gast (FSK): Marcel, aktuelle FSK-Koordination, planen Kundgebung zu bedarfsdeckendes Bafög für alle. Wollen Unterstützung, beantragen 250EUR, bitten die Hochschulgruppen, Werbung zu machen und sich zu beteiligen.

GHSg: wofür die 250 EUR

Gast: Technik, Ton, Ort für Redebeiträge, Werbematerial, wenn StuPa annimmt kann aktuelles Material verbreitet werden, und für Flyer

GHSg: Änderungsantrag 250EUR streichen und auf bis zu 500EUR ändern. müsst ja nicht alles nehmen, Alessio stellt sich als Ansprechpartner.

Änderungsantrag wurde angenommen

RCDS: hat die FSK kein Haushalts-Pot? Kostenaufstellung, ihr könnt ja die 500EUR für sonst was ausgeben; ob das alles nötig ist.

Gast: ist Gang und Gäbe, Kostenaufstellung etc machen, haben kein Interesse mehr auszugeben, sind Gelder der Studierenden. können dann alle Rechnungen schicken.

GHSg: Antrag auf sofortige Abstimmung:
DAFÜR: 10
DAGEGEN: 2
ENTHALTUNG: 1

Abstimmung zum FSK - Antrag:
DAFÜR: 9
DAGEGEN: 4
ENTHALTUNG: 0

7 Resolutionen

SDS: Resolution: Soli für die Palästina-Konferenz

Es geht um die Konferenz die letzte Woche stattgefunden hat. Die Uni wollte nicht, dass diese stattfindet, wurde entschieden die Räume zu suspendieren. Die Konferenzleiter haben das erst aus der Presse erfahren. Die Uni hat behauptet der Antrag wurde zurückgezogen, es wurde behauptet es ist eine externe Veranstaltung.

Es geht um Fragen von Besatzung, Apartheid, Geschichte, Genozid, Rassismus, Antisemitismus etc. Schwerpunkt war die Diskussion in Deutschland, bzw was NICHT diskutiert wird. Die Kritik ist eben genau eingetreten. Studierendenerfahrung ist, dass über das Thema nicht geredet wird, umso krasser dass diese Konferenz blockiert wird. bei diesen verschiedenen internationalen Dozenten. Viele Anmeldungen; musste auf andere Räume ausweichen und nur 200 Menschen reinlassen. In unserem Antrag soll über das StuPa der Diskurs verteilt werden, keine Positionierung. Appell an die Uni-Leitung. Gast (vom SDS): zur Raumthematik: wurde von einer Dozentin beantragt, aber wurde aber als externe Veranstaltung gekennzeichnet. In einem Artikel aus der FR Aussage von einer Uni-Internen Person: „Eine mit den universitären Abläufen vertraute Person sagte der FR, es sei üblich, dass die Uni Veranstaltungen mit aktivistischen oder kritischen Charakter an die CampusService verweise. Veranstaltungen, die nicht rein wissenschaftlich seien, wären eher ungerne gesehen, so die Vermutung.,,

schon als Vorwand zu sehen; wurde aus Zusammenschluss von Dozierenden, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studis organisiert. Die Kluft rund um Palästina im wissenschaftlichen Diskurs zu schließen. Hatte verschiedene Panel und Workshops auf der Konferenz, zB Einblicke zu Film und Bild von Palästinensern; offener Brief von Wissenschaftlichen Mitarbeitern an das Präsidium; FAZ hat davon berichtet. zudem Schreiben von Professoren welche auf einer Pressekonferenz kritisierten, dass Diskurs rund um Palästina direkt als antisemitisch angeprangert wird. Gibt diverse Artikel rund um das Thema. Themen der Konferenz uA Kontextualisierung der lokalen Geschehnissen. Generell lag der Fokus eben auf Palästina, bezogen auf den Vorwurf der Einseitigkeit.

Jusos: Fraktionspause bis 21:02 Uhr

RCDS: hat eine Frau Jamal an teilgenommen?

Gast: war Moderatorin zu 2 Panels

RCDS: hat sie eine radikale Auslegung, etwa wie den Angriff der Hamas als notwendig

Gast: diese Aussage wurde so nicht getroffen

RCDS: „Zitat aus einer Zeitung“

Gast: war nicht auf den Angriff bezogen, ist aus dem Kontext gerissen

RCDS: ist das eine Aussage, die generell so getroffen werden sollte?

Gast: in welcher Art er Dekolonialisierung? wurde nicht spezifiziert. Algerien war ähnliche Situation, Frankreich hat auch im Nachhinein gesagt dass es nicht ok war

Gast: hatten viele Gespräche mit Uni-internen Personen, dort war es auch ok dass die Veranstaltung so stattgefunden hat.

SDS: ist doch ok, wenn Moderatoren so anwesend sind, eine Aussage einer Person steht nicht für eine ganze Konferenz. Es ist nicht ok, dass jetzt einzelne Formulierungen aus Zeitungen so abgefragt werden

Gast: hatten auch Interviews mit Professoren, kann sein dass Aussagen getroffen werden mit denen nicht alle einverstanden sind, aber das ist ja Kern einer Konferenz

RCDS: wenn Susanne Schröter ihre Meinung kundtut ist das ok oder wie? wenn es eine Uni-interne Person ist - basierend auf euren Quellen, kann ja auch Normalo sein. ist nun Aussage gegen Aussage. warum hat man sich nicht direkt an den Campus gewendet. wenn man doch weiß dass es bei außeruniversitären Konferenzen so eine Vorlaufzeit hat.

Jusos: wollte ansprechen, dass nicht nur Palästinensischen Veranstaltungen blocken, sondern einige gibt gleich Änderungsantrag, Kernaussage ist in Ordnung

GHSg: ähnlicher Punkt; ehemalige Veranstaltungen hatten ähnliches Problem, wenn es mehr außeruniversitäre Sprecher gibt. weiß nicht wie die Konferenz funktioniert, aber kann ja nicht unabsehbar gewesen sein. findet noch viel eklatanter, dass die politische Einflussnahme stattgefunden hat, wie bei kurdischen Veranstaltungen das türkische Konsulat. Geht dann gegen jede Form der Wissenschaftsfreiheit. Hauptpunkt, dass die politische Einflussnahme kritischer als das intern - extern-spiel, welches absehbar war.

Gast: chronologischer Ablauf: Buchung war schon im November, dazu noch Antrag zur Nutzung, dann Aussage aus der Politik. Erst dann Absage der Uni; dann Kontakt zur Uni zum Thema Vorlaufzeit. es wurde nichts zurückgezogen, man wurde gegen eine Mauer gestellt. zur politischen Einflussnahme; Punkt von Uwe Becker, das dazu auf Seite 2 der Resolution, dass ist eine Gefahr für die Zukunft, externe Personen treffen Urteil, was an der Uni besprochen werden darf und was nicht, das ist gefährlich für uns als Studis wenn wir keine Resolution zu machen

SDS: Fristen wurden eingehalten, Formalien wurden eingehalten, Prozedere mit der Wendung ans Unternehmen muss nicht passieren.

RCDS: sieht in diesem Abschnitt zu nichts. sieht nur Zitat von Uwe Becker; hat aber auch Inhalte gelesen die brisanter sind. was wurde wie beantragt, wenn die Uni so Räume verweigert, während in den Artikeln steht dass nicht verfolgt wird, Räume der Uni zu nutzen. siehe Timeline, konnte ja der Ausgang erwartet werden wenn das so kurzfristig beantragt wurde.

SDS: als Land, dass die Bekämpfung um Antisemitismus wichtig hat, ist das ja so nicht ok. Die Uni hat einen wissenschaftlichen Auftrag, und bei der Ukraine hat die Einstufung wesentlich schneller funktioniert. Gab erst einen Artikel, welche Bildungseinrichtungen in Gaza zerstört sind. dort wurden Professoren auch getötet. dazu wurde keine Stellung bezogen. darauf gehen wir in der Resolution ein, auch um eine Stellungnahme. Die Konferenz sollte eben eine Weiche zum Diskurs stellen, was ermöglicht dass eben so ein morden nicht mehr passiert.

LHG: GO-Antrag: Ende der Debatte zum Änderungsantrag SDS: offensichtlich gibt es noch Redebeiträge, also zumindest des Änderungsantrag. Hat Dringlichkeit, Konferenz hat letzte Woche stattgefunden.

LHG zieht den Antrag zurück.

Gast: zur Raumfrage: geht darum, dass gegenüber der Zeit gesagt wurde, dass es abgelehnt wurde, aber den Organisatoren dass dieser zurückgezogen wurde. Kann keine Prozesse offenlegen, weil kein Zugang dazu

RCDS: viel Klärungsbedarf aus allen Lagern, ist in Gaza eben hochgefährlich. der letzte Absatz ist so in jedem Antrag von euch; wenn man die Debatte so führen will muss man das eben offenlegen wie es die Uni gemacht hat; ist eben ein Aussage gegen Aussage; ist nicht Aufgabe der Uni sich darum zu kümmern den Nahostkonflikt zu lösen; ob jetzt jemand den Raum bekommen hat oder nicht ist eine Andere Debatte. keine Evidenz dazu, dass es Strukturen gibt dass zu untergraben.

SDS: schön wie du dir selber widersprichst, müssen nicht über das diskutieren. sind unserer Beweisführungspflicht - einladen des Gastes - sowie lesen von Artikeln dazu.

SDS: dass eine Uni sich zu einem Krieg positioniert, ist nichts neues, eben das sollte diskutiert

werden. Spricht nichts dagegen, die Unis sind nicht in einem politischem Vakuum. ist zT schon verantwortlich, Lösungen zu erarbeiten s. Klimawandel, Konfliktforschung.

Gast(FSK): Aussage gegen Aussage ist zwar richtig, aber Uni hat Vorgeschichte zu palästinensischen Protesten. nicht wichtig, inwiefern da jetzt Sachen vorgefallen sind sondern was eben der Trend dazu ist. Nicht zu vernachlässigen für die komplette Betrachtung.

RCDS: beziehst dich auf das 1. Camp, wo Menschen ohne Anmeldung versucht haben einen Raum zu besetzen, gab aber auch 2. Camp, das angemeldet war. wenn man aber die Polizei rufen muss und Menschen abgehört werden kann diskutiert werden. will jetzt nichts daraus herleiten.

gibt aber auch damit einen Anspruch, und sich nicht an der Uni verbarrikadiert. wenn man so eine Konferenz ausrichtet kann man auch Stadtbevölkerung ausrichten und ist nicht auf die Uni angewiesen.

Jusos: Änderungsantrag:

„ Am 16. und 17. Januar fand in Frankfurt die wissenschaftliche Konferenz „Talking about (the Silencing of) Palestine“ statt. Zwei Tage lang diskutierten international erkannte Wissenschaftler:innen über die Lage der Menschen in Palästina und die israelische Besatzungs-, Apartheids- und Kriegspolitik, über Geschichte und Völkerrecht, Genozid- und Holocaustforschung, Rassismus und Antisemitismus, Wissenschaft und Politik. Darüber hinaus wurde darüber wie gesprochen, wie beides in Deutschland wissenschaftlich diskutiert wird – oder eben auch nicht, d.h. wie Hochschulen und Wissenschaftler:innen sich in Schweigen hüllen und/oder andere systematisch zum Schweigen bringen. Ironischerweise traf dieses „Silencing“ nun auch die Konferenz, die ebendies anprangerte, selbst. Die Räume an der Goethe-Universität, die die Organisatoren (zu großen Teilen Studierende der Goethe-Uni) angefragt hatten, wurden ihnen ~~verweigert~~ durch das Verlangen von nicht bezahlbaren mieten verunmöglicht. Wieder einmal wurde damit versucht der kritischen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Lage in Palästina und Israel einen Riegel vorzuschieben. Die öffentlichen Äußerung des Präsidiums, die Veranstalter hätten den Raumtrag zurückgezogen, ist irreführend. Richtig ist, dass das Präsidium die Konferenz durch die Einstufung als „externe Veranstaltung“ – im Gegensatz zu vergleichbaren wissenschaftlichen Konferenzen – aktiv blockiert hat. Durch diesen bürokratischen Mechanismus konnten einerseits von den Veranstaltern hohe Ausrichtungskosten verlangt, andererseits die Umsetzung als zu kurzfristig ausgeschlossen werden. Es ist anzunehmen, dass hinter dieser bürokratischen Fassade politische Motive stecken. Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Hessen, Uwe Becker, hatte die Konferenz bereits im Vorlauf als „Wanderzirkus bekannter Israelhasser“ diffamiert. Die Verweigerung von Räumlichkeiten (Die Erhebung hoher Mieten für beantragte Räumlichkeiten von als „extern“ eingestuft Gruppen schränkt die Möglichkeit kritischer Diskurse maßgeblich ein) für die Konferenz ist ein neues Kapitel in der Unterwerfung des Präsidiums unter die deutsche Staatsräson und die Kollaboration mit den Angriffen der Regierung auf die Wissenschaftsfreiheit, wie sie die Antisemitismus-Resolutionen des Bundestags verkörpert (siehe Beschluss vom 17.12.2024). Eine mögliche politische Einflussnahme der Universität oder auf die Universität verurteilt das Studierendenparlament. Wir schließen uns der Kritik von wissenschaftlichen Mitarbeitenden der Goethe-Universität an. Wir erinnern das Präsidium der Goethe-Universität an ihre Selbstverpflichtung zur Zivilklausel, „dass Lehre, Forschung und Studium zivilen und friedlichen Zwecken dienen“ sollen. Das beinhaltet aus unserer Sicht die Förderung des internationalen wissenschaftlichen Austauschs zur Lage in Palästina und Israel – eine Notwendigkeit, der sich die Universität seit über einem Jahr größtenteils verschließt und dessen Realisierung von Studierenden, wissenschaftlich Mitarbeitenden und Professor:innen sie nun aktiv verhindert. Wir erinnern das Präsidium weiterhin an ihr Selbstverständnis als Bürgeruniversität. Wer eine wissenschaftliche Konferenz zur Lage in Palästina und Israel (und andere) als „externe Veranstaltung“ den regelmäßigen Kongressen der zahlkräftigen Finanzindustrie gleichstellt, versteht nichts vom Sinn der Wissenschaft. Wissenschaft ist kein elfenbeintürmiger Selbstzweck, sondern kann und muss im Dienste des menschlichen Fortschritts, von internationaler Verständigung und Friedensbildung stehen. Kaum ein Thema ist dringender als die Schaffung einer nachhaltigen Friedensordnung und gleicher demokratischer Rechte für alle in Palästina und Israel. ~~Die Goethe-Universität muss sich~~

~~schnellstmöglich zur Aufgabe machen, den derzeit unterbrochenen Krieg und Völkermord in Gaza endlich klar zu verurteilen.~~ (Die Universität muss es sich zur Aufgabe machen politische, auch kritische, Diskurse den Raum zu bieten) Zur nachhaltigen friedlichen Lösung des Konfliktes ist es notwendig ihn wissenschaftlich mit einer klaren Friedensperspektive zu erforschen. Hierfür muss die Universität in der Forschung und Lehre Weichen setzen, sowie den Wiederaufbau in Gaza mit den der Universität verfügbaren Mitteln unterstützen. “

SDS: Verfahren: per Block oder einzeln?

Jusos: als Block.

SDS: haben soweit den Überblick; Gegenrede. sind ja mehrere Teile, die unterschiedliche inhaltliche Punkte treffen, etwa die Tricks der Uni, etc. Der gestrichene Teil ist aber wichtig für den Kontext, bez. Wissenschaftsfreiheit, etc. spricht also stark gegen den Änderungsantrag, auch die Verurteilung des Völkermords. nach der Realisierung des Deals ist eben das noch wesentlich wichtiger. findet es falsch das im Block abzustimmen, stattdessen lieber gesplittet - wäre viel sinnvoller. Jusos: dagegen: dass die Uni eben das Problem der politischen Einflussnahme, das hier macht das Problem nicht weniger. hat nichts mit der vorherigen Antisemitismusresolution nichts zu tun. weiß auch nicht, wie das Verfahren dann laufen soll. Der erwähnte Konflikt

Abstimmung des Änderungsantrag:

DAFÜR: 6

DAGEGEN: 7

ENTHALTUNG: 0

GO-Antrag sofortige Abstimmung:

SDS: Gegenrede: gibt noch Diskussionsbedarf, ist ein Wille die Resolution abzustimmen.

DAFÜR: 8

DAGEGEN: 3

ENTHALTUNG: 2

Abstimmung zur Resolution:

DAFÜR: 4

DAGEGEN: 7

ENTHALTUNG: 2

Antrag wurde abgelehnt.

Die Beschlussfähigkeit konnte nicht wieder festgestellt werden.

Das Präsidium schließt die Sitzung um 22:00 Uhr.



Gönni C. Landsmann
Präsident*in des Studierendenparlaments



Manuel Paul
Schriftführung